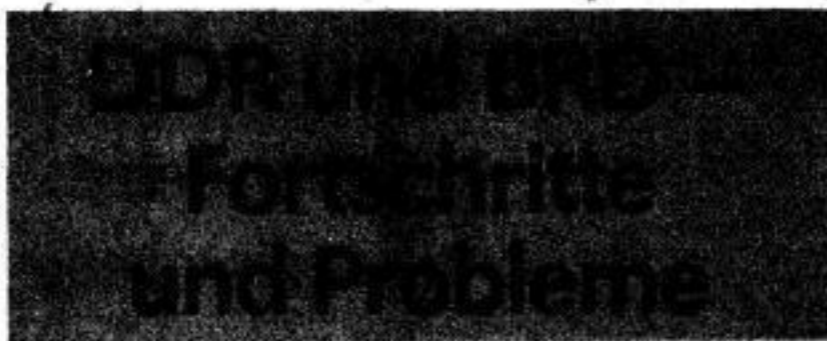


Nicht nur atmosphärisch, auch real politisch haben die Beziehungen zwischen unserer DDR und der BRD durch den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in der BRD eine neue Qualität erhalten. Zustandekommen und Ergebnisse dieses Besuchs markieren einen bemerkenswerten Fortschritt bei der friedlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen den zwei souveränen deutschen Staaten, der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD. Auch wenn man mit der Wertung „historisch“ zurückhaltend sein sollte – hier spricht alles dafür, diesen Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus, diesen wichtigen Schritt zur Stabilisierung des Friedens im Zentrum Europas, wo sich Warschauer Vertrag und NATO mit ihren militärischen Hauptkräften unmittelbar gegenüberstehen, als historisch bedeutsam einzuschätzen. Die Ergebnisse des Staatsbesuchs Erich Honeckers in der BRD stellen einen Gewinn für den Frieden und für die Menschen dar, denn sie eröffnen für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten statt Konfrontation und permanenter Unsicherheit die Perspektive friedlicher, gutnachbarlicher Beziehungen.



Diskriminierung der DDR die Existenz des Sozialismus auf deutschem Boden in Frage zu stellen, die gebührende Abfuhr. Die für die Bewahrung des Friedens unerlässliche Respektierung der europäischen Nachkriegsordnung – einschließlich des sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden – mußten angesichts des realen Kräfteverhältnisses inzwischen auch jene heute in der BRD regierenden CDU- und CSU-Politiker vollziehen, die noch vor Jahren einen erbitterten Kampf gegen das europäische Vertragswerk geführt hatten.

Hauptproblem: Friedenssicherung

Im nuklear-kosmischen Zeitalter ist Frieden zwar nicht alles, würde ohne Frieden aber alles zunichte werden. Deshalb hat Friedenssicherung die absolute Priorität auch und gerade für den Inhalt der Beziehungen zwischen unserer Republik und der BRD. Stehen sich doch auf den Territorien beider deutscher Staaten, deren gemeinsame Grenze die sensible Trennlinie von NATO und Warschauer Vertrag ist, die militärischen Hauptkräfte dieser mächtigsten Militärkoalitionen aller Zeiten unmittelbar gegenüber.

Angesichts dessen ist es für den Weltfrieden von erheblicher Bedeutung, ob die BRD als einer der führenden imperialistischen Staaten und zweitstärkste Militärmacht der NATO, als Staat, auf dessen Territorium mehr als 6000 Kernsprengköpfe und große Mengen chemischer Kampfstoffe deponiert sind, ihren sozialistischen Nachbarn gegenüber eine Politik der friedlichen Koexistenz betreibt oder den Konfrontationskurs der USA mitmacht.

Es zeugt von einem zugunsten der Kräfte des Realismus und der Vernunft im bürgerlichen Lager bis in die Regierungskoalition der BRD hinein veränderten Kräfteverhältnis, wenn F. J. Strauß sich Erich Honecker gegenüber öffentlich zu dem Ziel bekannte, in Europa „nicht die Folgen eines Krieges zu begrenzen, sondern Kriege überhaupt unmöglich zu machen“ und wenn sich der Bundespräsident der BRD, Richard v. Weizsäcker, dafür aussprach, bei den sich in Europa gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen auf eine „gegenseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ hinzuwirken. Diese beiden Stellungnahmen sind insofern bemerkenswert, daß sie eine direkte Absage an die vor allem von den aggressivsten Kreisen des USA-Imperialismus verfolgte Strategie darstellen, eine militärische Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus möglichst auf Europa zu begrenzen.

Natürlich müssen den verbalen Friedensbekenntnissen nun konkrete Taten folgen. Das aber wird weitere Anstrengungen, den nicht nachlassenden Kampf aller Friedenskräfte erfordern. Denn noch ist kein Abrüstungsabkommen unter Dach und Fach, und schließlich haben wir nicht vergessen, daß die Manöver der Abrüstungsgegner bisher verhindert haben, daß selbst ein so wichtiges, von der USA-Regierung unterzeichnetes Abkommen wie SALT II vom USA-Kongreß ratifiziert wurde.

Gegenkräfte nicht unterschätzen

Jene BRD-Politiker, mit denen Erich Honecker bei seinem Besuch in der BRD zusammentraf, haben ausnahmslos die Bereitschaft der UdSSR und der USA begrüßt und unterstützt, ihre Kernwaffen mittlerer Reichweite abzuschaffen. Das stellt ohne Zweifel einen wichtigen Fortschritt gegenüber dem noch vor kurzem unternommenen Versuch der BRD-Regierung dar, die „doppelte Null-Lösung“ durch Festhalten an den Kernsprengköpfen für die 72 Pershing-1a-Raketen der Bundeswehr zu verhindern. Nun also Zustimmung zur „doppelten Null-Lösung“. Aber nicht einer der regierenden BRD-Politiker hat sich bisher für einen spezifischen Abrüstungsbeitrag beider deutscher Staaten ausgesprochen, wie Erich Honecker ihn in Gestalt eines atomwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone immer wieder vorge schlagen hat.

Ohne Zweifel äußert sich darin der Druck jener Kräfte des Militärisch-Industriellen Komplexes der BRD und ihrer „Stahlhelm“-Fraktion in CDU und CSU, die immer noch die heutigen Grenzen in Europa in Frage stellen wollen und uns gegenüber auf Hochrüstung und Konfrontation setzen. Während des Besuchs Erich Honeckers in der BRD konnte es so scheinen, als gäbe es diese Kräfte nicht mehr. Aber täuschen wir uns nicht! Wenn ihr Spielraum auch ganz sicher kleiner geworden ist – noch sind sie da und bedrohen mit ihren bisher keineswegs eingestellten Kriegsvorbereitungen den Frieden.

Auch nach der Verwirklichung der „doppelten Null-Lösung“ wird die BRD das mit Kernwaffen am dichtesten besetzte Territorium der Erde sein, während die DDR dann wieder ein kernwaffenfreies Land sein wird. Noch liegt der

strategischen Planung der NATO das Konzept des Ersteinsatzes von Kernwaffen zugrunde und führt die NATO Groß-Manöver durch, deren Umfang bisher von Jahr zu Jahr systematisch derart vergrößert wurde, daß das nur als das Training des Übergangs zu Aggressionshandlungen aus Manöverlagen heraus gewertet werden kann. Und noch propagieren die revanchistischen Kräfte der BRD entgegen völkerrechtlich verbindlichen Verträgen auch in regierungsamtlichen Organen dieses imperialistischen Staates den „Mut, den Status quo konsequent in Frage zu stellen“. (1)

Illusionsloser Optimismus

Natürlich konnten durch den Besuch Erich Honeckers in der BRD nicht schon alle noch ungeklärten Fragen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten geklärt werden. Diese Illusion hatten und haben wir nicht. Was erreicht wurde für den Frieden und die Menschen in beiden deutschen Staaten, ist nicht wenig. Und das ist kein Geschenk, sondern erreicht worden vor allem durch die Leistungen unserer Bürger, die ihr sozialistisches Vaterland allseitig so gestärkt haben, daß die imperialistischen Pläne zur Schwächung und schließlich Liquidierung des sozialistischen deutschen Staates scheitern mußten.

Noch bleibt viel zu tun, um von den inzwischen erreichten verbalen Friedensbekenntnissen führender BRD-Politiker zu konkreten Abrüstungsschritten zu kommen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben dafür ein Programm entwickelt, das von Null-Lösung zu Null-Lösung führen soll, keine Waffenart ausläßt und bei dem jeder Schritt absolut kontrollierbar ist. Noch verbindet sich in den politischen Ambitionen der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung tagespolitischer Realismus mit dem revanchistischen Fernziel der Überwindung des Sozialismus durch „europäische und deutsche Wiedervereinigung“. Daher das Festhalten an solchen Restbeständen der alten Alleinvertragsanmaßung wie der Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR und einer „Obhutspflicht“ der BRD für „alle Deutschen“. Um des Friedens und guter Nachbarschaft zwischen DDR und BRD willen müssen diese und andere Relikte des kalten Krieges ebenso überwunden werden, wie die Nichtbereitschaft zur Respektierung des Staatsoberhauptes der DDR bereits überwunden worden ist. Angesichts der Ergebnisse des Besuchs Erich Honeckers in der BRD, die sich vor allem auch in dem gemeinsamen Kommuniqué widerspiegeln, sind wir zu einem selbstverständlich illusionslosen – Optimismus heute mehr berechtigt als je zuvor.

Prof. Dr. sc. E. Wolt, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften

I. D. Kühn: Für eine aktive Wiedervereinigungspolitik. In: Deutschland-Archiv, Köln, H. 6/87, S. 596

Thomas Böhm, Sektion Soz. Betriebswirtschaft:

Wehrkampfsport hält aktiv und einsatzbereit

Warum ich hohe Studienleistungen und rege GST-Arbeit als Einheit betrachte • Für den Frieden gewappnet sein ist oberstes Gebot unserer Zeit

Durch die Teilnahme an den Kreismeisterschaften im Wehrkampfsport 1986 machte ich meine erste Bekanntschaft mit dieser vielseitigen Sportart. Die Atmosphäre des Wettkampfes und mein Erfolg – ich belegte den ersten Platz – haben mich beeindruckt. Daraufhin habe ich nach Möglichkeiten gesucht, diese Sportart weiter zu betreiben und fand sie in der Sportgruppe des Kameraden Hahn. Das wöchentliche Training macht sehr viel Spaß, denn Sportlehrer Hahn ist sehr auf die abwechslungsreiche Gestaltung des Unterrichts bedacht, und alle Sportler bringen die notwendige Freude mit. Wir spielen Basketball, Volleyball und Fußball und führen stets eine intensive Ausdauer-, Kraft- und Geschicklichkeitsschulung durch, für mich der richtige körperliche Ausgleich zum Studium. Unser Schießtraining muß sehr effektiv sein, denn im Wettkampf schießen wir unter hoher körperlicher Belastung:

Lehren des Klassenkampfes

Wir Wehrkampfsportler können von uns behaupten, durch unser Training einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten, denn alle Klassenkämpfererfahrungen sagen uns, daß nur ein allseitig starker Sozialismus die Risikobereitschaft jener hemmt, die auf die Politik der Stärke setzen. Viel hängt deshalb davon ab, wie es uns gelingt, ständig ein solches Maß an Kampfkraft der sozialistischen Streitkräfte zu sichern, das der konkreten imperialistischen Bedrohung adäquat ist.

Diese Verantwortung wahrzunehmen, ist in erster Linie eine Herausforderung an die junge Generation, die hohen geistigen, aber auch physischen und psychischen Anforderungen der militärischen Ausbildung zu meistern. Das bedeutet, sich neben höchsten Studienleistungen und Forschungsaufgaben auch mit großer Einsatzbereitschaft aktiv, gesund und kampfbereit zu halten. Diese Notwendigkeit unserer Zeit an alle Studenten heranzutragen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben!



Zum Wort die Tat

Meines Erachtens bilden gute Studienleistungen und aktive GST-Arbeit eine Einheit. Damit können auch viele Lippenbekenntnisse in den FDJ-Programmen und im ML-Unterricht in die Tat umgesetzt werden! Außerdem ist die Arbeit z. B. als GST-Übungsleiter sehr nützlich, Erfahrungen in der Kollektivführung zu sammeln, die jeder Hochschulkader nach dem Studium braucht. Mein Leistungsdurchschnitt beträgt 1,8; ich lerne nach einem Sonderstudienplan und habe dennoch ausreichend Zeit für meine Funktion. An der Sektion 04, die etwa zu 70 % aus Mädchen besteht, wird jetzt erfolgreich Luftgewehrschießen, Militärischer Mehrkampf und Wehrkampfsport betrieben. Dabei ist besonders das engagierte Training der vielen Mädchenmannschaften hervorzuheben (auch im Wehrkampfsport ist jetzt der Start von Frauenmannschaften erlaubt). Zusätzlich bauen wir an der Sektion noch einen GST-Computerklub auf. Die Basis für eine kontinuierliche GST-Arbeit ist also geschaffen.

Alle GOs sollten den Wehrsportarten in der GST mehr Aufmerksamkeit schenken und ihnen begeisterte Sportler zuführen. Die Qualifizierung eines Übungsleiters im Wehrkampfsport kann man sehr schnell erlangen.

Thomas Böhm, Übungsleiter

Unser Weg war richtig

Geleitet von der Verantwortung für den Frieden und der Erkenntnis, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser, gelangte die SED schon vor 30 Jahren zu dem Schluß, daß die Beziehungen zwischen den sozialökonomisch so unterschiedlich gewordenen deutschen Staaten nur noch als Beziehungen friedlicher Koexistenz gestaltet werden können. Seit der 30. Tagung des ZK der SED (30. 1. – 1. 2. 1957) haben wir geduldig und flexibel um eine den völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz entsprechende gute Nachbarschaft mit der BRD gekämpft. Von dieser unserer langfristig konzipierten Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der BRD haben wir uns weder durch die aggressive, aber wirklichkeitsfremde Alleinvertragsanmaßung von BRD-Regierungen noch durch den NATO-Kurs der Hochrüstung und Konfrontation abbringen lassen.

Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitag der SED, sich „weiterhin durch eine Politik des ergebnisorientierten, sachlichen Dialogs und der Zusammenarbeit für die Gesundung der internationalen Lage und die Rückkehr zur Entspannung“ einzusetzen, wurde dieser Kurs – allen Widerständen und Störversuchen zum Trotz – zum Erfolg geführt.

Unterstützt von unseren Verbündeten und den progressiven Kräften der ganzen Welt erreichten wir die völkerrechtliche Anerkennung und Respektierung der Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten und erteilten allen Versuchen, durch imperialistische Alleinvertragsanmaßung und

Koalition der Vernunft und Sinn des Soldatseins heute

Von Genossen Prof. Dr. sc. Werner Fürbaß, Sektion Marxismus-Leninismus

bracht: „Es ist der Sinn des Soldatseins im Sozialismus, den Frieden zu erhalten, zu verhindern, daß die Waffen sprechen. Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Armeen der sozialistischen Gemeinschaft sind eine entscheidende Garantie, daß militärische Überlegenheit des Imperialismus nicht zugelassen wird und eine Aggression zum tödlichen Risiko für ihre Urheber würde. Wehrdienst im Sozialismus ist Friedensdienst. Die Waffentragende der DDR sind Mitgestalter der auf den Frieden und das Wohl des Volkes gerichteten Politik der SED.“ (3)

Es ist von grundlegender Bedeutung, daß sich während des Besuchs des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, in der BRD vom 7. bis 11. September 1987 beide Seiten zu der Verantwortung bekannten, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen darf. Das gemeinsame Kommuniqué zeigt, daß der Wille zu Verständigung und Zusammenarbeit, zum Abbau der Konfrontation letztlich auf beiden Seiten dominierte. Übereinstimmung gab es auch, was die Beseitigung sowjetischer und amerikanischer Mittelstrecken-Flugkörper mit über 500 Kilometer Reichweite, einschließlich des damit verbundenen Abbaus der 72 Pershing 1a, angeht.

Der Sinn des Soldatseins im Sozialismus heute entspricht geradezu diesen Forderungen. „Sie“, die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, „betrachten keinen Staat und kein Volk als ihren Feind. Sie sind bereit, mit ausnahmslos allen Ländern der Welt die Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen und der friedlichen Koexistenz zu gestalten.“ (4)

Die Soldaten unserer Streitkräfte sind mit den Waffen ausgerüstet und erhalten die Ausbildung, die erforderlich sind, ihrem Verteidigungsauftrag gerecht zu werden. Sie werden niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen Staat oder andere beginnen, wenn sie nicht selbst einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind. (5)

Zum ersten Mal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Menschheit eine Hoffnung auf wirkliche Abrüstung. Alle Welt horchte auf, als am 18. September 1987 in Washington bekanntgegeben wurde, daß die Außenminister der UdSSR und der USA, Schewardnadse und Shultz, prinzipielle Einigung über ein Abkommen zur Beseitigung der atomaren Mittelstreckenwaffen beider Seiten erreicht haben. Die zielstrebige Politik und Kompromißbereitschaft der UdSSR haben zu diesem weltweit beachteten Schritt geführt. Es besteht die reale Aussicht, daß noch in diesem Jahr auf einem Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und des Präsidenten

der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens erfolgt.

Ausgangspunkt und Bedingungen der damit verbundenen langwierigen und komplizierten Verhandlungen waren und sind die Beibehaltung des militärstrategischen Gleichgewichts. Der Sinn des Soldatseins im Sozialismus besteht gerade darin, dieses mit allen Mitteln und Möglichkeiten als friedenserhaltenden Faktor zu sichern. Das ist auch die Voraussetzung dafür, dieses militärstrategische Gleichgewicht auf immer niedrigerer Stufe zu gestalten, um letztendlich die Kriegsgefahr ganz zu beseitigen. Der Beitrag des Soldaten oder Angehörigen anderer bewaffneter Organe besteht vor allem in der Entwicklung einer hohen Einsatzbereitschaft, militärischer Meisterschaft sowie der ständigen Festigung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, so, wie auch die Werktätigen alles für die Stärkung des Sozialismus tun.

Bei allen Fortschritten, die erreicht wurden, darf aber nicht übersehen werden, daß im strategischen Denken der USA und der NATO die Realitäten des nuklear-kosmischen Zeitalters generell noch nicht den entsprechenden Niederschlag gefunden haben. Die in der NATO dominierenden Auffassungen über die Rolle militärischer Gewalt in der heu-

gen Zeit sind denen unserer sozialistischen Militärdoktrin diametral entgegengesetzt. In der gegenwärtigen Version der Strategie der „flexiblen Reaktion“ ist die Strategie der „nuklearen Abschreckung“ die gültige Doktrin der USA und der NATO. Dazu gehört nach wie vor die Option des nuklearen Erstschlags. Außerdem wird die „flexible Reaktion“ durch das Konzept der aggressiven „Vorvertheidigung“ ergänzt. (6)

Nichts dergleichen wurde bislang modifiziert oder gar aufgehoben – im Gegenteil. Positionen der Vernunft und des Realismus, wie sie sich in bestimmten politischen, militärischen und Wirtschaftskreisen von NATO-Ländern zeigen, sind noch nicht die offizielle Linie der NATO.

Die Lage in der NATO ist widerspruchsvoll und nach wie vor durch außerordentlich gefährliche Tendenzen gekennzeichnet. (7)

Abgesehen von den erreichten Fortschritten auf dem Gebiet der atomaren Mittelstreckenwaffen wird die Hochrüstungspolitik der NATO weitergeführt werden aggressive Erklärungen gegen die Grenzsicherungen der DDR und die sozialpolitische Ordnung des Sozialismus abgegeben. Nach wie vor werden regionale Konflikte geschürt. Die aggressiven Kräfte der NATO, die um den Militär-Industrie-Komplex gechart sind, halten noch immer an einer Politik der Drohung und des Kults der Stärke fest. Besonders gefährlich ist das Festhalten der USA-Administration an der Weltraumrüstung. Das in der NATO, auch in der Bundeswehr der BRD, vorhandene Feindbild existiert nach wie vor.

Daraus resultiert in der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages formulierte Auftrag: „Die Streitkräfte der verbündeten Staaten werden in einer Gefechtsbereitschaft gehalten, die ausreicht, um nicht übertracht zu werden. Falls dennoch ein Angriff gegen sie verübt wird, werden sie dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr erteilen.“ (8)

Die auf dem XI. Parteitag der SED getroffene Feststellung über den Sinn des Soldatseins im Sozialismus stimmt voll damit überein. Unsere Anstrengungen, den Krieg zu verhindern,

bevor er ausbricht, müssen die Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf einbeziehen.

Die sich daraus ergebenden hohen Ansprüche wurden vom Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Keßler, wie folgt umrissen: „Denn für die historische Mission der sozialistischen Streitkräfte ist es entscheidend, jede imperialistische Aggression gegen Staaten des Warschauer Vertrages zu vereiteln. Dazu gehört auch, militärische Provokationen zu durchkreuzen, lokale Vorstöße imperialistischer Abenteurer gegen unser Bündnis zu unterbinden. Jeder Einschüchterungs- und Erpressungsversuch, jede solche militärische Demonstration der aggressiven Kräfte des Imperialismus gegen die sozialistische Staaten-gemeinschaft muß mit den zweckmäßigsten politischen und anderen angemessenen Gegenmaßnahmen beantwortet und dadurch unwirksam gemacht werden können. Der Klassenfeind muß immer wieder erfahren, daß er mit keiner Form von militärischen Manövern oder Kampfhandlungen einen Erfolg gegen den Sozialismus erzielen kann.“ (9)

Die gegenwärtige militärpolitische Lage erfordert also nach wie vor die feste Bereitschaft und die Fähigkeit zum Schutz des Sozialismus.

- 1 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Diets Verlag, Berlin 1971, S. 5
- 2 Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: „Neues Deutschland“ o. 30./31. Mai 1987 (A), S. 1
- 3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Diets Verlag, Berlin 1986, S. 30
- 4 Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, a.a.O.
- 5 Vgl. ebenda
- 6 Vgl. Werner Häbner, Militärdoktrin des Friedens, „Einheit“, Heft 8/87, S. 728
- 7 Vgl. ebenda, S. 731
- 8 Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, a.a.O.
- 9 Heinz Keßler, Wir tun alles, damit der Frieden erhalten bleibt, in: „Neues Deutschland“, 19. April 1986